gaz
Grün Alternative Zeitung
Nr. 74
Juni 2010

Wucherndes Unkraut oder Entwicklungsknospe?

Die Landesgartenschau 2012 bietet einen Strauß von Fragen und Unklarheiten – aber egal, wird schon werden …

Ein solches Großereignis hat Bamberg noch nicht erlebt. Nicht nur auf der 20 Hektar großen ERBA-Insel wird in zwei Jahren die Landesgartenschau stattfinden, auch in viele andere Bereiche Bambergs dringen ihre Wurzeln vor: zum Weinberg am Michelsberg, ins Gärtnerviertel oder entlang der neuen Uferwege an der Regnitz.

Die erwartete eine Million BesucherInnen (durchschnittlich 3.000 bis 20.000 pro Tag) werden sich überall in der Stadt bemerkbar machen – und nicht nur sie, sondern vor allem die Autos und Busse, mit denen sie aus ganz Bayern und Deutschland anreisen werden. Für ein halbes Jahr wird Bambergs Pulsschlag im Rhythmus der Landesgartenschau pochen.

Der neue Fischpass auf dem Landesgartenschaugelände. *Photo: Erich Weiß*

Event-Moloch außer Kontrolle

Währenddessen scheint die Kontrolle über den Event-Moloch den zuständigen Gremien längst entglitten. Nicht selten muss der Aufsichtsrat der LGS GmbH Informationen hinterherlaufen, wird bei Entscheidungen unter Zeitdruck gesetzt. Vor allem die entsandten Stadtratsmitglieder, die diese Aufgabe nebenamtlich ausführen, sind schlicht und ergreifend überfordert, alle komplexen Zusammenhänge und Abläufe zu durchblicken.

Nicht anders geht es den BürgerInnen. Anfangs beobachteten sie noch mit Argusaugen, was unter der Flagge LGS auf Bambergs Boden „angerichtet“ wurde: Das Abholzen einer Streuobstwiese am Michelsberg für einen Weinberg führte beinahe zum Bürgerbegehren, und die Pläne für Treidelpfad und Uferwege riefen heftige Bürgerproteste hervor. Mittlerweile scheinen kritische Stimmen in zunehmender Resignation zu verstummen. Der Aufschrei bei den Abrissplänen für die Schleusenwärterhäuser zeigte zwar durchaus Wirkung, hätte aber auch größer sein können. Der Verlust der weiteren denkmalgeschützten Gebäude der ERBA-Fabrik holt in der Bürgerschaft ohnehin niemand mehr hinter dem Ofen hervor. Den Busparkplatz am Weidendamm haben die Anwohner inzwischen geschluckt, obwohl das Buskonzept, das diesen bedienen soll, keinesfalls überzeugend ist. Und die KleingärtnerInnen vom Weidenufer räumten zwar murrend, aber am Ende dennoch ohne großen Aufstand das Feld.

Millionengrab Landesgartenschau

Die Verantwortlichen in der LGS GmbH, gespeist aus der Stadtverwaltung und der LGS-Fördergesellschaft, die alle zwei Jahre Landesgartenschauen in Bayern organisiert, können so ziemlich unbehelligt ihr Ding drehen. In der Mehrheit nehmen BürgerInnen und StadträtInnen diese Dinge zur Kenntnis und zucken allenfalls ratlos mit den Schultern.

Zum Beispiel bei den Finanzen: Auch wenn es die Chefin der LGS GmbH, Dr. Knoll, Profi-Organisatorin von inzwischen mehreren Landesgartenschauen in ganz Bayern, immer wieder durch Zahlentricks kaschieren will, die Bamberger LGS wird die teuerste aller Zeiten – siehe Artikel auf Seite 2. Wo der ohnehin schon lächerliche Sparauftrag des Stadtrats von 1 Mio Euro umgesetzt wird, weiß keiner zu beantworten („halt überall a weng“). Und dass andererseits über den doch eher schmalen Fischpass ganze sechs Brücken gebaut werden – und das auch noch in teuerster Stahlbauweise, ist eher das Gegenteil von sparsamem Haushalten.

Fragen über Fragen

Wie wird das eigentlich mit dem Verkehr abgewickelt? Die Verwaltung hat sich zwar durchaus Mühe gegeben, ein Konzept auszuarbeiten, aber einen wirklich tragfähigen Eindruck macht es nicht. Von den Verantwortlichen wird es aber erstmal abgehakt. Wird schon klappen …

Und immer wieder wundert man sich über den zeitlichen Fortgang der Geschehnisse auf der ERBA-Insel. Müssten die und die Hallen nicht schon abgerissen sein? Warum werden Uferbäume gefällt, obwohl noch keine Genehmigung dafür eingeholt wurde? Die Gutachter Drees und Sommer jedenfalls legten ziemlich deutlich klar, dass man mit dem Zeitplan schon ziemlich in Verzug ist. Könnte es also sein, dass während der Landesgartenschau die zu sanierenden und neu zu bauenden Gebäude gerade Baustelle sind? Naja, wird schon irgendwie hinkommen …

Oder: Wird auf der Gartenschau eigentlich ökologisch sinnvoll gegärtnert? In der Öffentlichkeit spielt das komischerweise kaum eine Rolle. Doch das Umweltamt der Stadt Bamberg gibt sich in Sachen Ökologie ausgesprochen zuversichtlich: Die untere Naturschutzbehörde sei bei allen Verfahren und Förderbescheiden beteiligt. Demnächst wird auch der Naturschutzbeirat hinzugezogen. Hört sich erst mal gut an – also, wird schon passen …

Außerdem: Was ist eigentlich dran, an dem Gerücht, dass die Hauptinvestoren für die Wohnbebauung auf der ERBA-Insel, die so genannten Iren, insolvent sind? Und wenn's stimmt, haben wir dann gleich neben dem Park Bauruinen stehen? Aber gut, wird schon nicht so schlimm sein …

Unterm Strich bleibt das beunruhigende Gefühl, dass die Landesgartenschau ein großes Beet reich blühender Unwägheiten ist. Das allseits postulierte Credo „Alles unter Kontrolle – alles nach Plan“ müsste eher lauten: „Wird schon nix schief gehen!“ Eines allerdings ist sicher: Eröffnet wird die Landesgartenschau definitiv im April 2012 – an dem Termin kann nicht gerüttelt werden. *sys*

Pro

Die seit langem brach liegende ERBA-Insel wird aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt, der über zwei Jahrzehnte währte. Dieses wirklich wertvolle ehemalige Industriegelände hat nun die Chance, wieder aufzublühen und sich zugunsten der Stadt zu entwickeln – was ohne Landesgartenschau möglicherweise nicht gekommen wäre: als Areal für Arbeiten, Studieren und Wohnen in Verbindung mit einem Erholungspark. Die Uni erhält attraktive Entwicklungsflächen in großteils erhaltener Denkmalsubstanz. Es wird innenstadtnaher Wohnraum geschaffen, die Planung legt Wert auf Nahversorgung. Als Pendant zum Hain im Bamberger Süden erhält Gaustadt auch langfristig ein reizvolles Naherholungsgebiet.

Contra

Das Dornröschen ERBA-Insel wird nicht wach geküsst, sondern unsanft aus dem Schlaf gerüttelt – zuerst mit einem Riesenevent, dann mit einer überdimensionierten Bebauung. Die Landesgartenschau dient vor allem den Investoren dazu, ihre Bauvorhaben mit einem öffentlich finanzierten Park aufzupeppen und effektiv zu vermarkten.

Fast überall, wo die LGS bisher Spuren hinterlassen hat, wurde erst mal Natur platt gemacht, um sie dann wieder nach LGS-Gusto zu gestalten. Viele BürgerInnen wurden dadurch verschreckt.

Eine ernst zu nehmende Bürgerbeteiligung hat es kaum gegeben. Dabei müsste das eigentliche Ziel sein, langfristig einen Bürgerpark auf der ERBA-Insel zu gestalten. Doch nach dem Groß-Event wird der Park extrem schrumpfen.

Wesentliche Chancen für die Entwicklung des neuen Stadtteils wurden vertan: Die ERBA-Insel wäre prädestiniert gewesen für autofreie Stadtplanung, sozialer Wohnungsbau spielte keine Rolle, sondern nur hochpreisige Eigentumswohnungs-Angebote, innovative Wohnformen (generationenübergreifend, Gemeinschaftsmodelle) werden nicht ausprobiert, ökologische Bauweise wäre ein Glücksfall.

Mit der Landesgartenschau will sich Oberbürgermeister Starke ein weiteres Denkmal setzen. Wenn die Kosten so weiter explodieren wie bisher, könnte es auch sein Millionengrab werden.

I N H A L T

Landesgartenschau um jeden Preis
Bamberg bekommt die teuerste Landesgartenschau aller Zeiten
Seite 2

Eine Insel für Reiche, mit Uni-Trubel und Verkehrskollaps
Wie wird die ERBA-Insel nach der Landesgartenschau aussehen?
Seite 2

Just-in-time-Geschäfte auf verschlammten Waldwegen
Moderne Waldwirtschaft im Bamberger Bruderwald
Seite 3

Zwergenaufstand oder Bildungsreform
Interview zu den Universitätsprotesten
Seite 4

Kein Schule-schwänzen …
Interview zu Protesten gegen G8
Seite 4

Verkommen unsere Schulhäuser?
Beim Sauberhalten der Schulen können alle mithelfen, beim Sanieren von Sporthallen, Toiletten oder Dächern nicht.
Seite 5

Zwei-Klassen-Personal bei der Sozialstiftung
Beschäftigte werden zum Teil mit Niedriglöhnen abgespeist.
Seite 6

Gewusst wie!
Tipps und Tricks zum VGN
Seite 7

Insel für Reiche, mit Uni-Trubel und Verkehrskollaps

Mehrere tausend Menschen werden in ein paar Jahren auf der ERBA-Insel wohnen, arbeiten und studieren. Die einst von Textilindustrie geprägte Insel wird ihr Gesicht völlig verändern. Universitätsgebäude und Studentenwohnheime, Wohnungen, Einzelhandel und andere Gewerbe werden das Bild prägen. Was kommt in Zukunft auf die ERBA-Insel zu?

Die zweite Runde im Bebauungsplan-Verfahren für die ERBA-Insel ist beendet. Der erste Entwurf wurde aufgrund der Einwände nochmals erheblich verändert. Dennoch bleibt der Eindruck: Das Gelände wird nach Ende der Landesgartenschau massiv bebaut, und die Nutzung droht kaum verkraftbare Verkehrsströme nach sich zu ziehen.

Rund 20 ha Fläche umfasst die gesamte Halbinsel – gut die Hälfte davon ist von dem Bebauungsplan erfasst. 107.280 Quadratmeter Geschossfläche (= 10,7 ha) sollen darauf gebaut werden, in Gebäuden mit vier bis sechs Geschossen. Der Park, der auch nach der Landesgartenschau noch erhalten bleibt, wird nach Angaben der Stadt 13,5 ha betragen (zum Vergleich: Der Hainpark ist 48 ha groß.)

423 Wohneinheiten sind geplant (pro Wohneinheit ist mit mehreren BewohnerInnen zu rechnen), dazu kommen 330 Wohneinheiten in Studentenwohnheimen. (Zum Vergleich: Die benachbarte Mayersche Gärtnerei zählt 400 Wohneinheiten.) Man rechnet mit rund 400 Beschäftigten, die für Universität und andere Gewerbebetriebe (vom Lebensmittelladen bis zum Café) arbeiten werden. Dazu kommen täglich noch mehr als 1500 KundInnen dieser Gewerbebetriebe und mehr als 300 private BesucherInnen der AnwohnerInnen.

Die Universität plant nach eigenen Angaben eine Nutzung von 10.000 Quadratmetern und prognostiziert, dass sich zu Hochzeiten des Uni-Betriebs 3000 Studierende dort aufhalten werden.

Knotenpunkt ERBA-Brücke

Diese Massen müssen erst einmal verkraftet werden – insbesondere von den Straßen und Wegen, die auf der ERBA-Insel entstehen werden. Der Zugang des motorisierten Individualverkehrs soll ausschließlich über die ERBA-Brücke abgewickelt werden. Dort wird laut einem von der Stadt in Auftrag gegebenen Verkehrsgutachten mit 400 bis 800 Kraftfahrzeugen in der Stunde gerechnet. Über den Tag verteilt gehen die Gutachter von einem Verkehrsaufkommen von 3814 Kfz-Fahrten täglich aus, dazu kommen noch 62 Lieferfahrten mit Lieferwagen oder kleineren Lkw. Zum Vergleich: Im Jahr 2001 betrug die Grundlast der Gaustadter Hauptstraße 11.600 Fahrzeuge, was sich aber inzwischen erhöht hat.

Die Einmündung der ERBA-Brücke in die Gaustadter Hauptstraße wird also einiges abzuwickeln haben, weshalb die ExpertInnen auch eine Lichtsignalanlage und zusätzliche Fahrspuren an der Kreuzung für „zwingend erforderlich“ halten. Sie haben anhand der bekannten Zahlen eine Modellrechnung aufgestellt, um die zu erwartende verkehrliche Situation an diesem „Knotenpunkt“ einzuschätzen. Zwischen der bestmöglichen Kategorie A (= ungehinderter Verkehrsfluss) und der schlechtestmöglichen Kategorie F (= hohe Wartezeiten und Staubildung) ist für diese Kreuzung das Ergebnis E zu erwarten. Das würde bedeuten: „nicht mehr abbaubare Staus“, „hohe Wartezeiten“, bis hin zum „Verkehrszusammenbruch“. Eine solche Lage wäre „nicht akzeptabel“, so die Fachleute. Im Rahmen des Bebauungsplan-Verfahrens wurde deshalb inzwischen die empfohlene Ampelanlage eingeplant. Ob damit alle Verkehrsprobleme vom Tisch sind, ist fraglich.

Skepsis bei Notzufahrt Maria-Ward-Straße

Für den Fall einer temporären Sperrung der ERBA-Brücke, z.B. für Reparaturarbeiten, schlagen die GutachterInnen eine „Notzufahrt“ über die Maria-Ward-Straße (durch das benachbarte Viertel „Mayersche Gärtnerei“) vor. Diese solle dann eine Zufahrt für Rettungsfahrzeuge ermöglichen, sei aber im Normalfall durch Poller gegen den Allgemeinverkehr zu sichern. In den Bebauungsplanunterlagen der Stadtverwaltung klingt das nicht gar so streng. Dort heißt es von der Notzufahrt, sie solle „bei einem Ausfall der ERBA-Brücke die geordnete Erschließung des Gebietes ermöglichen“. Von einer Beschränkung auf Rettungsfahrzeuge ist hier nicht mehr die Rede.

Die AnwohnerInnen der Mayerschen Gärtnerei haben darüber hinaus verständlicherweise die Befürchtung, dass ihr Viertel bei einer Überlastung von ERBA-Brücke und Gaustadter Hauptstraße eine generell geöffnete zweite Zufahrtsmöglichkeit hinnehmen muss.

Enormer Stellplatzbedarf

Doch die Fahrzeuge fahren nicht nur, sondern werden auch abgestellt. 1.230 benötigte Stellplätze errechnete die Verkehrsuntersuchung. 125 bis 145 davon sollen oberirdisch bereit gestellt werden, eine Tiefgarage für Uni, Studi-Wohnheime und Gewerbe wird 470 Parkplätze bieten. Der übrige Bedarf soll von den privaten Investoren im Rahmen der Wohnbebauung abgedeckt werden – größtenteils auch in Tiefgaragen. Ob das ausreicht, ist fraglich. Dabei gehen die Gutachter mit ihren Berechnungen ohnehin schon davon aus, dass die hohe Anzahl von Studierenden weniger Pkw-Verkehr und damit auch weniger Stellplatzbedarf verursacht.

Um das auch zu erreichen, empfehlen sie eine fahrradfreundliche Gestaltung des Gebiets, durchgehende Rad-Verbindungen zur Innenstadt sowie ausreichend Fahrradabstellplätze. Laut Stellplatzsatzung der Stadt werden rein rechnerisch 627 Stellplätze benötigt, die Fachleute empfehlen die doppelte Menge. Bei der üblichen Bauweise solcher Abstellanlagen mit Bügeln, die beidseitig von je einem Fahrrad benutzt werden können, ergibt sich ein Flächenbedarf zum Abstellen von Fahrrädern allein von 1.900 Quadratmetern.

Auch ein besseres Busangebot wird in der Untersuchung empfohlen, dazu aber gibt es bisher von Seiten der Stadt noch kein Konzept.

Der Masterplan zum Bebauungsplan für das ERBA-Gelände. Er stellt den Stand vom Mai 2010 dar – das Bebauungsplanverfahren läuft noch, Änderungen sind noch möglich. *Quelle: Stadtplanungsamt*

„Disneylandisierung“

Eine Flut von Einwänden bezüglich der geplanten Bebauung brachte die Beteiligung der BürgerInnen und der Träger öffentlicher Belange. Viele davon wurden durchaus ernst genommen und fanden Eingang in den zweiten Planentwurf. Doch einige Knackpunkte bleiben.

Die Kritik von Seiten des Denkmalschutzes führte dazu, dass mehr historische Gebäude erhalten bleiben als ursprünglich vorgesehen. Dennoch bleibt als Einwand der Heimatpflege die „Disneylandisierung“ eines geschichtlich bedeutsamen Industriestandorts.

Das Landesdenkmalamt betonte außerdem, „(…) dass der denkmalpflegerische Wert der Anlage in seiner geschlossen erhaltenen Bausubstanz liegt. (…) Der beabsichtigte Abbruch großer Teile der ERBA und der damit verbundene nur versatzstückhafte Erhalt einzelner markanter Baulichkeiten (…) verhindern die Nachvollziehbarkeit der ehem. Industrieanlage, weil die Bauten ihrem funktionalen Kontext entrissen und zu allenfalls dekorativen Kulissen herabgestuft würden.“ Die Landesbehörde kündigte außerdem an, dass bei zu vielen Abrissen die ERBA ihren Denkmalstatus verlieren könnte, was auch zu steuerlichen Nachteilen führt. Ob es ausreicht, wenn nach den neuesten Planungen zusätzlich die Schlichterei, das Kesselhaus und das Maschinenhaus erhalten bleiben, wird sich zeigen.

Lärm vom Hafen

Erweisen wird sich auch, inwieweit Lärm eine Rolle spielt. Ein schalltechnisches Gutachten, das ein Ingenieurbüro im Auftrag der Hafenverwaltung erstellte, sieht die ERBA-Insel im direkten Einwirkungsbereich des Hafens und betrachtet eine Wohnbebauung „sehr kritisch“. Schon heute seien Gewerbe- und Industrielärm vom Hafen her grenzüberschreitend, noch mehr sei bei einem weiteren Ausbau des Hafens zu erwarten.

Daraufhin erfolgte Lärmmessungen des Umweltamts ergaben, dass insbesondere nachts Überschreitungen von DIN-Normen festzustellen sind. Verursacher sind die vor allem nachts arbeitenden Speditionen. Auf Empfehlung des Amts wurde deshalb als Auflage in den überarbeiteten Bebauungsplanentwurf aufgenommen, dass alle Fassaden und Fenster von Wohnungen besonders schallschutzgedämmt sein müssen (passiver Lärmschutz). Ein aktiver Lärmschutz – etwa durch Schutzwände oder -wälle – wurde als technisch nicht sinnvoll erachtet.

Wohnen für Reiche

Eine ebenfalls noch immer anhaltende Kritik ist das Ausmaß der geplanten Bebauung. 104 Bäume müssen den Neubauten weichen (im ersten Entwurf waren das sogar noch 224). Die Baumasse wurde zwar in der Überarbeitung etwas abgespeckt, insbesondere die Geschosszahl verringert, aber zahlreichen KritikerInnen ist das auch heute noch zu viel.

Ansonsten hat der Bebauungsplan viel Masse, aber wenig Vielfalt zu bieten. Wohneigentum im Hochpreissegment ist ausreichend vorhanden, aber keine sozialen Wohnungsangebote und keine modernen Modelle für generationenübergreifendes oder gemeinschaftliches Wohnen. Letzteres könnte man jetzt noch korrigieren und im Bebauungsplan festschreiben, der noch nicht endgültig ist.

Nach den jetzigen Plänen wird das ERBA-Gelände eher eine Insel der Reichen, mit Uni-Trubel und Tendenz zum Verkehrskollaps. *sys*

Landesgartenschau um jeden Preis

Die GAL-Stadtratsfraktion hat recherchiert. Wie viel Geld kosteten eigentlich die Landesgartenschauen anderer Städte in den vergangenen Jahren? Und wie steht Bamberg im Vergleich dazu da? Das Ergebnis: Bamberg schlägt bei den Kosten und beim Eigenanteil, den die Stadt zu tragen hat, alle Rekorde!

Landesgartenschauchefin Dr. Knorr beharrt zwar hartnäckig darauf, dass man die Kosten nicht vergleichen könne, weil jede einzelne LGS anders abgerechnet würde, aber das trifft so nicht zu. Sogar bei genauerer Nachfrage bei den Kämmereien der Städte ergibt sich, dass die Rechnungen im Großen und Ganzen ziemlich gleich lauten.

Beschluss des Stadtrats am 28.9.2005 im Wortlaut:

„Der Stadtrat beschließt die Durchführung einer Landesgartenschau im Jahr 2012 (...). Die erforderlichen Haushaltsmittel (von ... 6,4 bis 6,7 Millionen Euro Netto [gemeint: Eigenanteil der Stadt, die Red.]) sind ab 2006 und in den Folgejahren bereitzustellen.“

	Memmingen 2000	Burghausen 2004	Marktredwitz / Cheb 2006	Neu-Ulm 2008	Rosenheim 2010	Bamberg 2012
Investitionshaushalt d. h. alle Kosten, um das Gelände zu einer LGS zu machen, von Pflanzmaßnahmen und Kunstwerken bis zum Bau von Wegen und Kassenhäuschen	11,2 Mio	10,9 Mio	14,5 Mio	12 Mio	12 Mio	geplant 22,5 Mio
Durchführungshaushalt d. h. Kosten, die während der Durchführung der Landesgartenschau anfallen, von Werbung und Druck der Eintrittskarten über Personalkosten bis hin zu Reinigungs- und Stromkosten; die Einnahmen aus Eintritten und Souvenirverkäufen sind bereits abgezogen	7,1 Mio	5,6 Mio	6,1 Mio	8,3 Mio	7,5 Mio voraussichtlich	geplant 12,1 Mio
Eigenbeteiligung der Stadt d. h. das was von der Stadt zu zahlen ist (nach Abzug der Zuschüsse vom Freistaat Bayern und von anderen Förderern)	9,2 Mio	Konnte nicht ermittelt werden.	6,2 Mio	10 Mio	5 Mio. voraus. (wenn 800.000 Gäste kommen)	geplant 18,3 Mio, wenn 1 Mio Gäste kommen

Just-in-time-Geschäfte auf verschlammten Waldwegen

Die moderne Waldwirtschaft in den Bayerischen Staatsforsten setzt sich vor allem Wirtschaftlichkeit zum Ziel. Das macht sich auch im Bamberger Bruderwald bemerkbar. Bleibt der Wald als Natur- und Erholungsort auf der Strecke? Und gibt es nicht auch Alternativen?

Immer wieder balancieren WaldspaziergängerInnen am Rande aufgewühlter und vermatschter Wege entlang, starren ungläubig in von schwerem Gerät geschlagene Schneisen zwischen den Bäumen, wundern sich kopfschüttelnd über scheinbar in wüstem Zustand zurückgelassene Waldstücke. Immer wieder haben sich in letzter Zeit verärgerte WaldliebhaberInnen auch an die GAL gewendet. Insbesondere der Bruderwald ist häufig Stein des Anstoßes.

Die gaz hat deshalb mal nachgeforscht und gefragt: Wie wird eigentlich gewirtschaftet im Bruderwald, und welche Schäden gibt es wirklich?

Der Wald für die Umsatzrendite

Seit der Forstreform im Jahr 2005 führen in bayerischen Wäldern die „Bayerischen Staatsforsten“ das Regiment. Und die haben ein klares Ziel. In einer Broschüre macht die Anstalt des öffentlichen Rechts deutlich, dass sie sich als Unternehmen versteht: „Mit der Gründung der Bayerischen Staatsforsten ist eine konsequente betriebswirtschaftliche Ausrichtung verbunden. (…) Als privatwirtschaftlich ausgerichtetes Unternehmen können wir uns mit einer schwarzen Null nicht zufrieden geben. (…): Wir streben eine Umsatzrendite von mindestens 15 % an (...)“

Damit sind zentrale Kennzeichen der Entwicklung der letzten Jahre schon umrissen – und gerade diese stehen wiederholt im Kreuzfeuer der Kritik von Naturfachleuten:

- Die Bewirtschaftung ist vor allem gewinnorientiert ausgerichtet.
- Der zu erwirtschaftende Holzertrag wird zentral und von oben vorgegeben.
- Viele Arbeiten werden weitestgehend nicht mehr von eigenem Personal erledigt, sondern an externe Firmen vergeben.
- Der Umgang mit dem Wald ist grobschlächtiger, der Wald verändert sein Gesicht und verliert an Natur- und Freizeitwert.

Holzeinschlag von oben verordnet

Die einzelnen Förster vor Ort haben große Gebiete zu verwalten, bis zu 2000 Hektar, und müssen zusehen, dass sie den Überblick behalten. Überall ist häufiger Personalwechsel zu verzeichnen, was dem nicht unbedingt förderlich ist. Im Gegensatz zu früher fungieren die Förster heute eher als Vollzugsbeamte. Sie erhalten vom Forstentwicklungswerk, das für ganz Bayern zuständig ist, die Vorgabe, welche Menge Holzeinschlag in welchem Zeitraum vorzunehmen ist. Dahinter stehen langfristige Verträge mit großen Holzfirmen, die zu erfüllen sind.

Die Förster selbst dürfen dann nur noch bestimmen, auf welchen Flächen genau in ihrem Revier die Ernte vorzunehmen ist. Lieferzeiten sind fix, auf Wetterverhältnisse kann keine Rücksicht genommen werden. Den Einschlag nehmen zumeist keine staatlich angestellten Waldarbeiter vor – wie früher – sondern beauftragte Firmen. Eingesetzt werden schwere Maschinen wie der Harvester für den Holzschlag und der Forwarder für das Holzrücken bis zum Waldweg. Lärm, mehr oder weniger große Schneisen zwischen den Bäumen, aufgerissene und verdichtete Böden sowie verschlammte Wege sind die Folgen dieser Waldwirtschaft.

Wege müssen zwangsläufig leiden

Diese Entwicklung ist überall in Bayern merkbar und macht natürlich auch keinen Halt vor dem Bamberger Bruderwald. Dieser bildet zusammen mit dem Michelsberger Wald und einigen Wäldern im Umland eines von zehn Forstrevieren, die zum Forstbetrieb Forchheim mit insgesamt rund 17.500 Hektar Staatswald gehören. Der Leiter des Forstreviers, Förster Veh, Hüter über 1600 Hektar, ist erst seit diesem Jahr im Amt. In diesem Jahr muss er 125.000 Kubikmeter Holz einschlagen lassen, so die Vorgabe an ihn.

Der gaz gegenüber bestätigte er, schon mehrfach von Fußgängern vor allem auf den schlechten Zustand der Waldwege angesprochen worden zu sein. Er betont jedoch, dass nach der Schneeschmelze die Wege zwangsläufig kaum begehbar seien. Und: Wenn Holz geschlagen wurde und am Wegrand liegt, müsse es bald abtransportiert werden, weil sonst Borkenkäferflug droht. Bei schlechter Witterung könne man das nicht einfach hinauszögern, so dass sich Schäden an den Wegen nicht vermeiden ließen. In diesem Jahr seien diese durchaus massiv gewesen, der Forstbetrieb habe aber innerhalb weniger Wochen neuen Schotter aufgetragen und mit hohem finanziellen Aufwand die Wege wiederhergestellt.

Keine besonderen Schäden im Bruderwald

Die Fotos eines besorgten Bürgers von Waldschäden im Bruderwald vom Februar, welche die gaz dem bayerischen Waldreferenten des Bundes Naturschutz in Nürnberg vorlegte, lösten bei dem Fachmann ebenfalls eine eher pragmatische Reaktion aus: „Das ist eigentlich der Normalfall“, meinte Ralf Straußberger, nach dessen Einschätzung hier keine Verstöße gegen Naturschutzbestimmungen vorlagen.

Für den BN hat er ein Schadens-Formular erarbeitet und fordert WaldfreundInnen in ganz Bayern auf, Schäden zu dokumentieren und zu fotografieren. Der Bund Naturschutz sammelt diese Protokolle. Ist der Fall akut, alarmiert der Verband die Forstbehörde und erwirkt so bei Bedarf ein sofortiges Eingreifen.

Schlimme Negativbeispiele werden über das „Schwarzbuch Wald“ publik gemacht. Doch was in dieser Dokumentation zu lesen und zu sehen ist, übertrifft die Zustände im Bruderwald eindeutig: flächige Kahlschläge, entwaldete Hänge, Zerstörung von Lebensräumen für bedrohte Arten, Abholzen wertvoller Biotop- und Altbäume, durch Maschinen verursachte Wurzelschäden und halbmetertief verwundete Böden. Ein schonender Umgang mit dem Wald scheint mancherorts der Vergangenheit anzugehören und mag dem Diktat der Wirtschaftlichkeit geschuldet sein.

Nur Missbrauch von Maschinen schadet

Doch prinzipiell gibt es auch Verteidiger der neuen Waldwirtschaft: Dr. Knorr vom Amt für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft ist Leiter der hiesigen Aufsichtsbehörde, die kontrolliert, was in den Wäldern geschieht – seien sie in öffentlicher oder privater Hand – und auf die Einhaltung des Waldgesetzes achtet. Gibt es Anrufe oder Hinweise aus der Bevölkerung, prüft sein für Bamberg zuständiger Kollege Schultheiß vor Ort die Sachlage und schreitet notfalls ein. Totholz etwa ist ausreichend zu bewahren, Baumhöhlen für Spechte zu erhalten, verschlammte Wege wieder herzurichten usw. Bei Bedarf ist das Amt befugt, entsprechende Anordnungen auszusprechen.

Doch nach seiner Erfahrung in den letzten Jahren „sind die ausführenden Firmen schon viel sensibler geworden“. Auf die moderne Technik lässt Knorr nichts kommen. „Es hängt immer davon ab, dass Maschinen im Wald umsichtig verwendet werden, schädlich ist nur der Missbrauch“, ist Knorr überzeugt. Eine Maschine sei zehnmal effektiver als ein Mensch, und vor allem schütze die stabile und sichere Kabine Waldarbeiter vor Verletzungen und gar vor Lebensgefahr beim Holzeinschlag. Noch einen weiteren Vorteil betont er: Maschinen dürfen sich nur in den Rückegassen bewegen, die etwa alle 30 Meter in den Wald führen. „Das sieht zwar nicht so schön aus“, räumt Knorr ein, „aber in den Zwischenräumen bleibt der Waldboden immerhin ganz verschont.“

Ganzjähriger Holzeinschlag

Lieber sähe er es allerdings, wenn man gezielt vertrauenswürdige Unternehmen für eine längerfristige Zusammenarbeit einsetzen könnte, was aber durch eine verpflichtende europaweite Ausschreibung der Waldarbeiten kaum möglich ist. Und auch im Ertragsdruck auf den Wald erkennt der Amtsleiter ungute Zwänge. Heute werde nicht nur im Winter Holz geschlagen, sondern das ganze Jahr über. „Das sind Just-in-time-Geschäfte, und die muss der Forstbetrieb dann eben erfüllen, egal wie das Wetter oder der Zustand der Böden ist.“

Erfreulich findet Knorr, dass die Forstbetriebe inzwischen viel mehr Aufklärungsarbeit betreiben, z.B. vor größeren Holzernten über die Presse die Bevölkerung informieren. Doch er wünscht sich im Gegenzug auch mehr Verständnis bei den Waldfreunden: „Da ist ein zu großes Anspruchsdenken entstanden“, sagt er und meint die WaldspaziergängerInnen und JoggerInnen, die auf Absperrungen nicht achten und keine Geduld haben, bis in Mitleidenschaft gezogene Wege wieder intakt sind. „Der Wald wird eben bewirtschaftet, und das macht sich natürlich bemerkbar.“ Wert legt der Amtsleiter auch auf Maßnahmen, die Biotope sichern oder neu schaffen und den Erholungswerts des Waldes steigern.

Nach Auskunft des Forstbetriebsleiters Forchheim, Stephan Keilholz, soll im Sommer ein Eichenholzpolter als Lebensraum für den Hirschkäfer angelegt werden. Außerdem ist nach seinen Worten im Bruderwald ein Walderlebnispfad geplant, der spätestens zur Landesgartenschau 2012 fertig sein soll.

Alternative: Sanfte Waldwirtschaft – auch im Bruderwald

Es gibt allerdings auch Alternativen in der Waldwirtschaft – kurioserweise gleich um die Ecke. Ein kleines Stück des Bruderwalds bei Bug mit nur 3,5 Hektar Größe ist Eigentum der Stadt Bamberg und wird vom städtischen Förster Schulz verwaltet. Seine Bewirtschaftung ist nach dem „Forest Stewardship Council“ zertifiziert, ein Gütesiegel, das auch von Naturschutzverbänden anerkannt ist. Es hat relativ strenge Vorgaben: Der Einsatz von Chemikalien ist nicht zugelassen, Maschinen sind nur begrenzt erlaubt, Totholz muss im Wald verbleiben. Laut Schulz werden die Arbeiten im städtischen Bruderwald zu 80 bis 90 % mit eigenen fest angestellten Waldarbeitern durchführt. Um den Wald zu schonen, findet Holzeinschlag und Abtransport nur bei passendem Wetter statt. Und dem Borkenkäfer muss man hier ohne Biozide Einhalt gebieten. „Das alles bedeutet mehr Aufwand, braucht mehr Zeit und kostet Geld“, betont Schulz.

Über das FSC-Siegel sind die Hölzer aus einer solchen schonenden Waldwirtschaft allerdings entsprechend ausgewiesen und haben am Markt einen höheren Wert. VerbraucherInnen können bei ihrem Einkauf darauf achten. Von der Holzkohle über Brennholz bis hin zu Stühlen und Schränken lässt sich das Siegel auf vielen Waren finden – sowohl bei OBI oder Hornbach wie auch beim Otto-Versand.

FSC®

FSC-Siegel auf Produkten aus sanfter Waldwirtschaft

Die PEFC-Zertifizierung der Bayerischen Staatsforsten ist da erheblich toleranter und nimmt die zu beobachtende Schädigung der Wälder ganz bewusst zugunsten einer effektiveren Wirtschaftlichkeit in Kauf. Ein Politikwechsel und mehr Verbraucherbewusstsein wären Voraussetzung für eine naturnahere Zukunft unserer Wälder.

sys

Die Fotos wurden im vergangenen Winter im Bruderwald aufgenommen und uns freundlicherweise von Prof. Dr. Ralf Liedtke zur Verfügung gestellt.

Zwergenaufstand oder Bildungsreform?

Was haben Uni-Proteste, Bildungsstreik und Hörsaalbesetzungen gebracht? Die gaz fragte zwei Studierende der Uni Bamberg

Die Uni brennt! Am 17. November vergangenen Jahres wurde auch die Uni Bamberg von der bundesweiten „Besetzungswelle“ erfasst. Im Anschluss an eine Vollversammlung der geistes- und kulturwissenschaftlichen Fakultät besetzten ca. 250 Studierende spontan einen Hörsaal der Uni Bamberg und schlossen sich damit dem Bildungsstreik an.

In den darauffolgenden Wochen wurde in verschiedenen Arbeitskreisen ein Forderungskatalog erstellt, welcher der Universitätsleitung überreicht werden sollte. Zu den Hauptforderungen zählten ein Absenken und darauffolgendes Abschaffen der Studiengebühren, mehr demokratische Teilhabe der Studierenden an der Universität, sowie ein vom Studienverlauf unabhängiges Bafög. Der Katalog wurde zu großen Teilen von der Hochschulleitung mit der Begründung abgewiesen, jene Forderungen fielen nicht in ihren Zuständigkeitsbereich. Die Kritik an der deutschen Umsetzung der Bologna-Reform fand zwar weitgehend Zustimmung, stieß jedoch ebenfalls auf das Totschlagargument des begrenzten Handlungsspielraums.

Ende Dezember wurde die Besetzung aufgegeben. Und das Ergebnis? Die Studiengebühren wurden auf 400 Euro gesenkt, die Unileitung hat den Besetzenden ein Büro zur Verfügung gestellt – ein Anfang ist gemacht.

Tilman Kallenbach (24) studiert Soziologie und Pädagogik und ist studentischer Senator der Uni Bamberg (assoziiert mit dem Hochschulpolitik-, Antifa- und Gleichstellungsreferat der Bamberger Studierendenvertretung). Mehr über seinen Standpunkt: http://hopony.blogsport.de/

Und nun? Ein gaz-Interview zu zwei Standpunkten, die kontroverser kaum sein könnten.

gaz: Agatha und Tilman, in welcher Form habt ihr euch am Bildungsstreik und der Besetzung beteiligt? Warum?

Agatha: Ich habe an den Demos teilgenommen und auch die ersten Wochen die Besetzung unterstützt. Zusammen mit den anderen – auch bundesweit – streikenden Studierenden und Schülern hielt ich dies für einen geeigneten Weg, um auf die Missstände im Bildungssystem aufmerksam zu machen und Druck auf die Regierung auszuüben.

Tilman: Ich habe die Uni nicht besetzt. Ich habe aber auch nichts dagegen unternommen. Ich bin seit 4 Jahren in der „Studierendenvertretung“, seit einem Jahr im Senat der Uni. Im Gegensatz zu den BesetzerInnen, hielt ich das Studium bisher nicht für eine Berufsausbildung und forderte nicht mehr Praxisbezug, ich war nicht der Ansicht, dass Studiengebühren „richtiger“ ausgegeben werden könnten, und auch nicht, dass sich aus dem Zahlen von Studiengebühren Mitspracherechte ableiten ließen – vielmehr hielt ich eine KonsumentInnenlogik hier für schädlich.

gaz: Haltet ihr Form und Inhalte der Proteste für angemessen?

Agatha: Die geäußerte Kritik an der Umsetzung des Bologna-Prozesses und an der Unterfinanzierung der Hochschulen halte ich für richtig, und es war höchste Zeit, dass dies durch die mediale Aufmerksamkeit endlich auch in der breiten Öffentlichkeit thematisiert wurde. Auch wenn ich selbst mit besetzt habe, denke ich, dass das Besetzen von Hörsälen eine ungeeignete Protestform ist, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Agatha Rudnik (22), studiert Politikwissenschaft und ist Sprecherin der Grünen Hochschulgruppe GHG

Tilman: Dass Bologna bei gänzlicher Überlastung und Unterfinanzierung kostenneutral und reibungslos umsetzbar wäre, ist nicht realistisch. Dass Studierende deswegen protestieren, ist konsequent und richtig. Ob es dazu sinnvoll ist, einen Hörsaal zu besetzen, Hinweisschilder auf Ausweichorte zu dulden und den Raum freizugeben, wenn der Präsident darum bittet, weiß ich nicht.

gaz: Was hättet ihr anders machen wollen?

Agatha: Während viele Studierende nur einige Veränderungen in ihrer Prüfungsordnung forderten, wollten andere das komplette Bildungssystem reformieren. Durch diese Uneinigkeit in der Reichweite der Ziele hat der Protest viel an Kraft eingebüßt. Ich hätte mir gewünscht, dass die Frage, welche Bedeutung Bildung für uns persönlich und für die Gesellschaft hat, in unseren Diskussionen mehr im Mittelpunkt gestanden hätte.

Tilman: Angesichts der Aussichtslosigkeit der Situation hätte ich mir etwas mehr Entschlossenheit – vor allem in den Forderungen gewünscht.

gaz: Welche positiven Resultate könnt ihr aus dem Streik ziehen?

Agatha: Viele Studenten wurden durch den Streik politisiert. Und auch wenn nur wenige Forderungen der Studenten in Bamberg tatsächlich von der Hochschulleitung umgesetzt wurden, hatten wir doch zumindest kleine Erfolge.

Tilman: Ich denke schon, dass der Streik zur Senkung der Studiengebühren beigetragen hat. Es ist auch nicht zu gering zu schätzen, dass sich vor allem viele Bachelor-Studierende konkret zu ihren Studienordnungen geäußert haben und diese auch angehört wurden. Außerdem hat die Auseinandersetzung mit der eigenen Situation bei einigen Studierenden zu einer Politisierung geführt, die ich nicht zu gering schätzen möchte.

gaz: Wie muss es nun weitergehen?

Agatha: Der lange Weg durch die Hochschulgremien ist sicherlich eine Möglichkeit, um unsere Ziele bezogen auf unsere Uni umzusetzen. Aber für die wirklich wichtigen Forderungen, und zwar die, die am gesamten Bildungssystem ansetzen und auf Landes- und Bundesebene entschieden werden, müssen wir weiter andere Wege gehen.

Tilman: Gar nicht. Vielleicht wäre es sinnvoll, die Debatten in der Studierendenschaft und dem Rest der Uni fortzusetzen.

Interview: dsch

Bologna-Prozess

Mit dem Bologna-Prozess wird europaweit ein einheitliches Hochschulwesen geschaffen. Die Studiengänge sollen international vergleichbar sein, um Studierende mobiler zwischen europäischen Universitätsstandorten zu machen. Dabei werden die Studieninhalte modularisiert und die Studiengänge straffer gestaltet. Eingeführt wurden die Abschlüsse als Bachelor und Master.

Kein Schuleschwänzen, sondern gesellschaftliches Engagement

Was hat es zu bedeuten, wenn Lehrer vor halb leeren Klassen stehen und SchülerInnen unentschuldigt dem Unterricht fern bleiben? Nicht Schulbank-DrückebergerInnen haben sich davon gemacht, nein, engagierte SchülerInnen streiken – für eine Demokratisierung des Bildungswesen, für Gesamtschulen, kostenlose Bildung, mehr Lehrkräfte und eine Abschaffung des G8.

In Deutschland hat sich auch unter den SchülerInnen eine Streikkultur entwickelt. Angefangen mit dem bundesweit organisierten Bildungsstreik im Sommer 2009, weiter im Herbst und im Frühling dieses Jahres die ersten bayernweiten Demos gegen die Qualifikationsstufe 11, kurz Q11.

Die Q11-DemonstrantInnen sind keine faulen Schulschwänzer, sondern fordern eine Schule, die einen guten Rahmen zum Lernen schafft. Das achtjährige Gymnasium bedeutet aber für viele SchülerInnen persönliche Überforderung im Zeitmanagement unter hohem Leistungsdruck. Außerdem fehlt eine Beteiligung der Betroffenen an dieser Schulreform, die über deren Köpfe hinweg entschieden wurde. Und die zentrale Motivation der bayerischen Staatsregierung waren Einsparmaßnahmen durch Abschaffung eines ganzen Gymnasialjahrgangs.

Die gaz sprach mit Adam Konieczny, der den Bamberger Q11-Streik mitorganisierte, bei dem rund 550 SchülerInnen auf die Straße gingen.

gaz: Was war eure Motivation, dem Unterricht fern zu bleiben, um stattdessen zu demonstrieren?

Adam: Wir sind auf die Straße gegangen, weil die Zustände im G8 und insbesondere in der Q11 der Oberstufe langsam unerträglich werden. Vor allem haben wir demonstriert gegen die zu hohe Stundenzahl und –fülle und die schlecht ausgearbeiteten und praxisfremden Lehrpläne.

> **„Es war beeindruckend zu sehen, wie die gesamte Lange Straße mit einer Schlange aus gutgelaunten, lauten Schüler gefüllt war.“**

gaz: Wie erlebt ihr selbst konkret im Schulalltag Probleme der neuen gymnasialen Oberstufe?

Adam Konieczny (18) besucht das Dientzenhofer-Gymnasium und war Mitorganisator des Q 11-Streiks

Adam: Es fehlt vor allem an der Zeit. Man muss sich entscheiden, worin man sie investiert; Vor- und Nachbereitung des Unterrichts oder seine eigene Freizeit, also Hobbys. Manche SchülerInnen haben lange Fahrzeiten, und wenn man bis 5 Uhr in der Schule sitzen muss, dann bleibt wenig Zeit für außerschulische Interessen.

gaz: Was waren die Reaktionen der Schulen?

Adam: Viele Direktoren haben mit Verweisen gedroht, tatsächlich wurden jedoch weitaus weniger verteilt. Geschadet hat's uns trotzdem, weil die Leute aus Angst vor dieser Repressalie nicht gekommen sind. Aber es haben uns auch Rektoren und Lehrer motiviert und unterstützt.

gaz: War der Streik wirkungsvoll?

Adam: Auf jeden Fall. Wir waren in den Medien sehr präsent und haben auch Unterstützung von der Bevölkerung erhalten. Die Krone hat all dem eine ältere Dame aufgesetzt, die uns am Gabelmann per Megaphon ihre Unterstützung aussprach und den Vergleich zog zwischen ihren Enkelkindern, die zu G9-Zeit zur Schule gingen und denjenigen, die jetzt, ich zitiere: „an diesem neuen System kaputtgehen“.

gaz: War ein Streik die richtige Maßnahme oder wäre eine Demonstration außerhalb der Schulzeit nicht gleichermaßen effektiv gewesen?

Adam: Keinesfalls. Eine Demonstration außerhalb der Schulzeit wäre genauso wenig effektiv wie ein Graffiti an der Rückwand eines Supermarktes. Es ging uns gerade darum, am Tag der Zeugnisausgabe zur Schulzeit zu fehlen, denn es ist uns wichtiger, für unsere Bildung zu demonstrieren, als unser Zeugnis abzuholen.

gaz: Wie wird es weitergehen bezüglich der Q11 Streikbewegung und wird es überhaupt weitergehen?

Adam: Es wird nicht nur, es geht bereits weiter! Dezentrale Demos hat's zwar noch nicht wieder gegeben, doch am 9. Juni wird erneut im Rahmen des Bildungsstreikes demonstriert.

Interview: Svenja Fluhrer

Q11 und G8

Mit dem G8 (achtjähriges Gymnasium) wird das Abitur bereits nach 8 Jahren statt bisher 9 Jahren erreicht. Die gymnasiale Oberstufe umfasst jetzt die 11. und 12. Klasse und heißt Qualifikationsstufe 11, kurz Q11. In diesem Schuljahr 2009/10 hat der erste G8-Jahrgang die Qualifikationsstufe erreicht und bekommt die Auswirkungen zu spüren.

Beim Sauberhalten der Schule können alle mithelfen – beim Sanieren von Sporthallen, Toiletten oder Dächern nicht

Der Sparzwang trifft die Schulen an allen Ecken und Enden – zum Teil angemessen, zum Teil aber auch nicht. Doch der Elternprotest beschränkt sich leider nur auf zurückgefahrene Putzdienste.

Es muss gespart werden, das ist natürlich nichts Schönes, aber auch nichts Neues. Nicht alltäglich ist allerdings das rege Interesse, das jüngst BürgerInnen an der Rathauspolitik zeigten: Die öffentliche Sitzung des Kultursenats im März war bis auf den letzten Stuhl besetzt. Wer keine Sitzgelegenheit mehr abbekam, musste mit der Wand vorlieb nehmen, und Schulkinder machten es sich auf dem Boden gemütlich. Außerdem machten nicht nur Plakate, sondern auch Besen und Putzeimer den Protest gegen die geplanten Sparmaßnahmen deutlich.

750.000 Euro fehlen für Reparaturen

Worum es ging: Bei den Sparmaßnahmen der Stadt müssen in diesem Jahr in beträchtlichem Umfang die Grund- und Hauptschulen dran glauben. (Die Gymnasien, deren Geschicke der Zweckverband mit dem Landkreis bestimmt, sind von den städtischen Etatkürzungen nicht betroffen.)

43 % der von den Schulen beantragten Mittel, die für Bauunterhalt und Instandhaltung nötig sind, werden nicht bereitgestellt. Mehr als 750.000 Euro fehlen für dringende Maßnahmen, und zwar merklich, z.B. in den Toiletten von Erlöser- und Kaulbergschule, auf dem Dach, bei der Lüftungsanlage und in den Duschen der Trimbergschule, bei der Aufzugsteuerung und bei der Sanierung des Sporthallenbodens der Graf-Stauffenberg-Schule, darüber hinaus bei Brandschutzmaßnahmen an allen Schulen. All diese notwendigen Reparaturen oder Sanierungen werden nicht vorgenommen.

Zudem wird auch bei der Bewirtschaftung gekürzt, und vor allem dies stand im Mittelpunkt des Elternprotests: Kosten von 200.000 Euro will man einsparen und die einzige Einsparmöglichkeit, die die Stadt Bamberg als realisierbar betrachtet, ist die Gebäudereinigung. Der Reinigungsrhythmus der Klassenzimmer, Flure, Treppenhäuser wird heruntergefahren. Dabei jedoch, so betonte Klaus Denzlein, der Leiter des Amts für Gebäudewirtschaft, passt sich Bamberg an den Standard anderer bayrischer Städte und Gemeinden an. Und: Einheiten, bei denen Hygiene eine besonders wichtige Rolle spielt, wie z.B. Toiletten und Schulküchen, sind von den Sparmaßnahmen ausgenommen.

Schmutz und Bildung – ein grundlegender Konflikt?

Verdreckte Schulen!? Die Entrüstung der Eltern ist groß. Aber auch berechtigt? Ja und Nein.

Kinder sind unsere Zukunft und das muss gerade auch der Lebensraum Schule widerspiegeln. Wer in Einrichtungen lernen muss, die nicht gepflegt sind, kann auch keine Wertschätzung dafür lernen und begreifen, was das eigentliche Ziel der Schule ist: Kinder zu eigenständigen, gebildeten und selbst- sowie wertbewussten Menschen heranreifen zu lassen. Also: Ja, wir schneiden uns ins eigene Fleisch, wenn wir diese Orte verkommen lassen.

Andererseits: Hängen genau diese Ziele vom Putzservice ab? Wird eine Matheaufgabe weniger spannend, wenn der Staub auf dem Boden einen Tag länger liegen bleibt? Beflügelt ein Buch die Phantasie eines Kindes weniger, wenn die Fensterscheiben Spuren des letzten Regens aufweisen? Ist es das, was wir unseren Kindern vermitteln wollen?

Gehört es nicht vielmehr auch dazu, unseren Kindern klarzumachen, dass das Leben nicht immer ein Ponyhof ist – und dass dies aber auch nicht das Ende der Welt bedeutet? Wir können uns zwar den Luxus des Reinigungsdienstes nicht mehr im vollen Maße leisten, aber die Schule ist deswegen trotzdem genauso wichtig! Das sollte doch die Message sein!

In allen städtischen Liegenschaften wird bei der Reinigung gespart, da müssen auch die Schulen mit ran. Das heißt nun eben für Lehrkräfte, Eltern und SchülerInnen, ihrerseits ihren Beitrag zur Sauberkeit in den Schulenhäusern zu leisten. Reinlichkeitsregeln und Putzdienste für unsere Schützlinge? Warum eigentlich nicht? In begrenztem Maße steht das noch nicht im Konflikt mit dem Bildungsauftrag der Schulen.

Stadtratsmehrheit: Hochkultur kommt vor den Schulen

Dass an den Schulen und vor allem an den oft dringend notwendigen Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen gespart werden muss, dass ist der eigentliche Skandal. Brandschutzmaßnahmen oder Dachisolierung, das kann von keiner Lehrerin, keinem Schulkind und keinem Elternteil geleistet werden. Das ist die Aufgabe der Stadt. Und hier muss sich die Politik die Frage gefallen lassen: Was ist euch mehr wert?

Wer in den Haushalt der Stadt sieht, kann die Antwort in Gestalt von Zahlen ablesen: Der Erweiterungsbau der Konzerthalle mit modernem Glasfoyer kostete 4,4 Mio Euro, für die Landesgartenschau bringt die Stadt insgesamt 18,3 Mio Euro auf. Die Grund- und Hauptschulen erhalten in diesem Jahr für ihren Bauunterhalt 960.000 Euro. Das muss der Stadtratsmehrheit vorgehalten werden, die dem städtischen Haushalt zugestimmt hat (die GAL war nicht dabei).

read

Schicker Rathaussaal, aber Basketballkörbe ohne Netz

Spotlights auf den Etat der Stadt: Beispielhaft einige Sparmaßnahmen und Ausgaben im Vergleich

Wofür die Stadt Geld ausgibt:

- Die Neugestaltung des Sitzungssaales im Rathaus kostete 286.000 Euro.
  (Siehe auch gazeuse S. 8)
- Das ehemalige Stadtbad auf dem Geyerswörth würde für fast 3 Mio Euro zum städtischen Tourismus- & Kongress-Service umgebaut – Eigenanteil der Stadt: ca. 1,5 Mio Euro.
- Für die Flutlichtanlage, die das Volksparkstadion für Fußballspiele der Regionalliga tauglich machen soll, hat die Stadt eine jährliche Belastung von 60.000 Euro auf sich genommen, und das 20 Jahre lang – macht summa summarum 1,2 Mio Euro.
- Der Erweiterungsbau für das Foyer der Konzert- und Kongresshalle mit neu gestaltetem Vorplatz verschlang insgesamt ca. 6,6 Mio Euro – Eigenanteil der Stadt: ungefähr 2,2 Mio Euro.
- Für die Landesgartenschau 2012 ist ein Eigenanteil der Stadt in Höhe von rund 18,3 Mio eingeplant.
- Beim Neubau von Löwen- und Kettenbrücke jagt eine millionenschwere Kostenmehrung die andere (einen konkreten Betrag zu nennen wäre bis Drucklegung schon längst wieder überholt).
- Die Herstellung des monatlichen Rathaus-Journals als Amtsblatt der Stadt Bamberg kostet im Jahr 72.000 Euro.
- Für den Verein Stadtmarketing gibt die Stadt einen jährlichen Zuschuss von derzeit 61.000 Euro.

Wo die Stadt spart:

- Bauunterhalt und Bewirtschaftung städtischer Gebäude werden zurückgefahren (zu den Schulen siehe nebenstehender Artikel). Bei den übrigen Gebäuden werden statt 1,36 Mio Euro nur 637.000 Euro (weniger als die Hälfte) bereit gestellt. Das trifft die Obdachlosenheime ebenso wie die Jugendzentren. Das Sportzentrum Gaustadt etwa bräuchte 70.000 Euro und erhält nur 1.780 Euro.
- Die städtischen Zuschüsse für das Programm „Soziale Stadt“ in der Gereuth und der Starkenfeldstraße fielen von 165.055 Euro im Jahr 2009 auf nur noch 23.425 Euro im Jahr 2010 (Reduzierung auf ein Siebtel!), was für mehrere Projekte das Aus bedeutet.
- Die Förderung für das Sanierungsgebiet Sand wurde im laufenden Jahr auf 100.000 Euro gekürzt, so dass nur bis zur Herrenstraße gebaut werden kann. Die weitere Sanierung bis zur Karolinenstraße kostet 350.000 Euro (Eigenanteil der Stadt wäre 140.000 Euro), wofür derzeit keine Mittel bereit gestellt sind.
- Das Gartenamt hat kein Geld, um Basketballnetze auf Bolzplätzen zu ersetzen.
- BürgerInnen sammeln Geld für eine Schaukel auf einem öffentlichen Spielplatz, weil die Stadt diese nicht finanzieren kann.
- Aus diversen Ämtern gibt es Klagen über Mangel an Bleistiften und Druckerpatronen.
- Die Mittel des Umweltamts für Natur- und Klimaschutz wurden derart massiv reduziert, dass kein Geld mehr für Projekte da ist.
- Das erfolgreiche Projekt BasKIDball wird nicht mehr von der Stadt unterstützt.
- Zu Weihnachten sammelte OB Starke persönlich Geld für Sitzbänke auf Spielplätzen.

sys

***Die Fotos auf dieser Seite** stammen vom April 2010. Sie zeigen derzeit vorhandene Schäden in der Erlöserschule (Hauptschule in der Neuerbstraße).*
Um eine bessere Instandsetzung der Bamberger Schulen zu erreichen, sammelt die GAL Schadensmeldungen auch aus anderen Schulen. Wir rufen deshalb alle unsere LeserInnen auf, Schäden per Foto zu dokumentieren und an uns weiterzuleiten: Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, post@gal.bamberg.de

Zwei-Klassen-Personal bei der Sozialstiftung

Die Sozialstiftung kann positive Bilanzen vorweisen, speist ihre Beschäftigten aber zum Teil mit Dumpinglöhnen ab … und sie baut diesen Trend gezielt aus.

Quo vadis, Sozialstiftung? *Photo: Erich Weiß*

Bei der Sozialstiftung Bamberg, die seit 2003 die städtischen Altenheime und Kliniken betreibt, gibt es zwei Klassen von Beschäftigten. Dazu muss man die Vorgeschichte kennen: Die bei Gründung der Sozialstiftung bereits fest angestellten MitarbeiterInnen wurden zu den damaligen Konditionen (gemäß dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes) weiterbeschäftigt. Anders ergeht es den seit 2004 neu eingestellten Beschäftigten. Sie werden nicht mehr von der Sozialstiftung direkt, sondern von einer hundertprozentigen Tochter der Sozialstiftung eingestellt, der Service GmbH. Abgesehen von ÄrztInnen und Krankenschwestern/-pflegern werden alle neuen Arbeitsverträge über die Service GmbH abgeschlossen, die an keinerlei Tarifvorgaben gebunden ist. Das betrifft Reinigungskräfte und Küchenpersonal ebenso wie AltenpflegerInnen und Verwaltungspersonal. Und ähnlich ergeht es auch allen Angestellten der MVZs (Medizinische Versorgungszentren) und der anderen nichttarifgebundenen Tochterfirmen der Sozialstiftung, die in den letzten Jahren gegründet wurden. Ihre Angestelltenverträge laufen außerhalb jeglicher Tarifbindung.

Weniger Lohn, weniger Urlaub, mehr Arbeit

Diese Angestellten verdienen weniger als vergleichbare Angestellte, die nach TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) arbeiten: Sie bekommen keine Zusatzversorgung, also keine Betriebsrente, keine vermögenswirksamen Leistungen, es gibt weniger Urlaubstage, die Arbeitszeit ist höher, und der Kündigungsschutz richtet sich nur nach dem Gesetz, und bietet keine zusätzlichen Sicherheiten.

Die Service GmbH leiht ihre Angestellten dann an die Betriebe der Sozialstiftung, also die Kliniken und Altenheime, aus. Da die Service GmbH aber zum Konzern der Sozialstiftung gehört, handelt es sich um eine so genannte „Konzernleihe“ und nicht – wie bei Zeitarbeitsfirmen – um eine Arbeitnehmerüberlassung, die von der Arbeitsagentur behördlich zu genehmigen ist. Deshalb gilt das Prinzip des equal pay (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit) hier nicht. Jede Bewerberin und jeder Bewerber um eine Stelle in den Betrieben der Sozialstiftung verhandelt für sich selbst, mit mehr oder weniger Erfolg. Und so kann es sein, dass er oder sie bei Arbeitsantritt auf KollegInnen stößt, die das gleiche tun, aber mehr oder auch weniger dafür bekommen. Teilweise wird das von der Sozialstiftung in den Niedriglohn-Bereich getrieben, sogar Dumpingslohn-Vorwürfe sind schon zu hören.

Außerdem werden zunehmend befristete Arbeitsverträge abgeschlossen. Der Arbeitgeber will damit flexibel auf den Markt reagieren können. Was aus dieser Perspektive verständlich sein mag, heißt aber für die einzelnen Beschäftigten: Durchhangeln von Verlängerung zu Verlängerung … und immer schön brav sein.

Betriebsräte fehlen

Dass dieses System funktioniert, zeigt sich auch daran, dass die Beschäftigten der Tochterfirmen sich nicht organisieren. Weder in der Service GmbH noch in den MVZs haben die Angestellten bisher einen Betriebsrat auf die Beine gestellt.

Deshalb lässt derzeit ver.di zusammen mit der Personalvertretung – nach langer Vorbereitungszeit – prüfen, ob es sich bei der Sozialstiftung Bamberg und ihren Tochterfirmen um einen so genannten gemeinsamen Betrieb nach dem Betriebsverfassungsgesetz handelt. Das würde bedeuten, dass zukünftig nicht das schwache Bayerische Personalvertretungsgesetz bei der Mitbestimmung anzuwenden ist, sondern das mit mehr Rechten für den Betriebsrat ausgestattete Betriebsverfassungsgesetz.

Dass dies die Arbeitgeberseite verhindern möchte, ist nicht verwunderlich. Deshalb wurden von Arbeitgeberseite auch keine Kosten und Mühen gescheut und, wie man hört, „Staranwälte“ aus Stuttgart engagiert. In der ersten Gerichtsinstanz am Arbeitsgericht in Bamberg ist ver.di mit dem Ansinnen gescheitert. Aber aus Gewerkschaftskreisen ist zu vernehmen, dass der Weg bis zum Bundesarbeitsgericht nach Erfurt vorgesehen sei.

sys

Altenheime unter neuer Leitung

Unter dem Titel „Konzeptloser Führungsstil und fahrlässige Pflege?“ hatte die letzte gaz-Ausgabe von der Aktion „Sorgentelefon für die Sozialstiftung“ berichtet. Die Sammlung der bei der GAL eingegangenen Meldungen über Missstände vor allem in den Altenheimen brachte einiges in Bewegung. Es gab Gespräche zwischen Oberbürgermeister, Fraktionsvertretern und Personalräten, und schließlich auch personelle Konsequenzen. Die Leiterin der Altenheime hat nach – auch im Zuge der GAL-Aktion – immer massiver werdenden Mobbing-Beschwerden und Kompetenz-Mängeln inzwischen ihren Arbeitsplatz verlassen. Der neuen Leiterin stehen große Aufgaben bevor.

Gastkommentar

Felix Holland

Gute Betriebszahlen sind nur die halbe Wahrheit

Der Kostendruck und der Investitionsstau im Gesundheitssystem sind enorm. Auf der einen Seite soll gespart werden, auf der anderen Seite soll höchste medizinische und pflegerische Qualität geboten werden. Dass hier die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter die Räder kommen, ist zwangsläufig. Durch gesetzliche Lockerungen – auch ermöglicht durch die Rot-Grüne Regierung – ist auf dem Arbeitsmarkt viel möglich geworden. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz lässt vieles zu. Auch in unserem Betrieb gibt es unterschiedliche Arbeitsbedingungen. Es gibt Mitarbeiter, die werden nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt, und es gibt Mitarbeiter für die diese Bedingungen und die Schutzfunktion des Tarifvertrages nicht gelten. Dies hat logischerweise auch Auswirkungen auf den Betrieb. Wenn jemand für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt wird als andere Kolleginnen und Kollegen in der Abteilung, fördert das sicherlich nicht die Zufriedenheit, und das Arbeitsklima leidet.

Die Gewerkschaft ver.di hat bereits mehrere Versuche unternommen, die Arbeitsbedingungen in einen Tarifvertrag zu gießen, der auch die Bezeichnung Tarifvertrag verdient. Bisher ist es aber noch nicht gelungen, ein Mitgliederfundament mit Durchsetzungskraft für Tarifverhandlungen zu mobilisieren. In Betrieben mit vielen befristeten Arbeitsverträgen müssen Gewerkschaft und die organisierten Beschäftigten oft eine längere „Durststrecke“ hinnehmen. Aber meist lohnt es sich, diese Geduld und Beharrlichkeit an den Tag zu legen.

Im ärztlichen Bereich und bei der Pflege ist die Arbeitsbelastung weiterhin extrem hoch. Durch die dünne Personaldecke sind Ausfälle und Arbeitsspitzen nur durch das hohe Engagement der Mitarbeiter zu bewältigen. In Deutschland wurden in den letzten Jahren über 20.000 Pflegekräfte abgebaut, auch Bamberg wurde nicht verschont. Durch eine gesetzliche Regelung bei der Krankenhausfinanzierung konnten im Klinikum – mittels einer Vereinbarung zwischen Personalrat und Geschäftsführung – 2009 und 2010 insgesamt 27 neue Pflegestellen geschaffen werden; auch 2011 soll nochmals nachgelegt werden. Allerdings federt diese Personalmehrung nur die schlimmsten Nöte ab. Die Arbeitsbelastung und der Zeitdruck sind – wie in allen bundesdeutschen Krankenhäusern – nicht gemildert.

Felix Holland ist Personalratsvorsitzender der Sozialstiftung Bamberg (Bereich Kliniken) und aktiv bei der Gewerkschaft ver.di.

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE
Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufzug
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Solarthermie - Photovoltaik
Regenwassernutzung
Heizungsbau - Sanitär
Rohrreinigung - Kalkschutz
TV-Kanaluntersuchung
Kunden- und Notdienst Öl & Gas
Ludwig Kestler
Trattstr. 5 • 91362 Pretzfeld • Tel. (0 91 94) 4593
Fax (0 91 94) 79 55 18 • Mobil (01 71) 5 88 02 42

GEORG LUNZ
Malermeister & Baubiologe
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen
Ökologische Farben, Putze &
Dämmstoffe aus einer Hand
Geisfelder Straße 8 * 96123 Litzendorf
Tel: 09505/6173 * Fax: 09505/95 01 33

Gewusst wie! Tipps und Tricks zum VGN

Seit Januar 2010 ist Bamberg drin – im VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg). 650 Bus- und Bahnlinien auf 14.000 Quadratkilometern Verbundfläche stehen zur Verfügung. Das Linien- und Tarif-System ist nicht ganz unkompliziert, aber eine kleine Einarbeitung lohnt. Und hier gibt's auch noch zusätzliche neun Tipps und Tricks von der gaz.

❾ Secret office – *Seit Januar 2010 gibt es die neue Frankenbus-Geschäftsstelle am Bamberger Bahnhof, etwas versteckt am nördlichen Ende, beim Arkadendurchgang zwischen Taxi-Stand und Bahngleisen (neben dem Friseur). Dort gibt es, ebenso wie im DB-Reisezentrum oder im Stadtwerke-Servicezentrum am ZOB, kompetente Infos rund um den VGN. Nicht verwirren lassen durch den Begriff „Frankenbus" – das ist nur der neue Marktname, dahinter steckt die altbekannte Omnibus Verkehr Franken OVF GmbH. Tel. 519568610, Mo/Mi/Fr 7.15–12 Uhr, Di/Do 12.30–16.15 Uhr*
Photo: Erich Weiß

Mehrere Broschüren sind beim Fahrkartenverkauf kostenlos erhältlich. Dazu beantwortet eine ausführliche Homepage www.vgn.de eigentlich alle Fragen, von Linienverbindungen von Haustür zu Haustür (www.vgn.de/komfortauskunft) bis hin zur Berechnung des jeweiligen Fahrpreises (www.vgn.de/mobilitaetsberater).

Und für alle, die sich mit diesem Grundwissen noch nicht zufrieden geben, hat die gaz dem nachgespürt, was der fortgeschrittene VGN-Nutzer sonst noch so an Know-how braucht.

❶ Print your trip
Fahrkarte zuhause ausdrucken

Über http://www.vgn.de/online_tickets kann man seinen Fahrschein selbst ausdrucken. Registrieren lassen, Fahrt und Fahrtzeit eingeben und dann den pdf-Download ausdrucken. Die Fahrkarte ist gültig in Verbindung mit z.B. dem Personalausweis. Das gilt für Zeitkarten, Tagestickets, aber auch Streifenkarten.

❷ Take a break
Zwischenstopps möglich

Während Bamberger BusnutzerInnen es bisher gewöhnt waren, ihre Fahrten am Stück zu absolvieren und Zwischenstopps nur zum Umsteigen erlaubt waren, ist das jetzt anders. Man darf zwar auch jetzt nur in eine Richtung fahren, die Fahrt aber beliebig oft unterbrechen, z.B. um noch Brötchen zu kaufen oder auf dem Weg von der Arbeit nach Hause das Kind vom Kindergarten abzuholen, oder um auch nur schnell einen Kaffee zu trinken. Die Fahrkarte gilt im Stadtgebiet eine Stunde, bei Preisstufe 2 bis zu 90 Minuten, bei 3 bis zu 180 Minuten und bei 6-10 bis zu 240 Minuten.

❸ Only one ticket
DB-Sonderangebote gelten auch im Stadtbus weiter

Die Sonder-Tarifangebote der Bahn gelten nun auch in den Bamberger Bussen. Wer bisher einen Ausflug nach Nürnberg mit dem Bayernticket machte und dann im Bamberger Stadtbus noch eine extra Fahrkarte lösen musste, kann sich das nun sparen. Mit dem Schönes-Wochenende-Ticket und den Bayerntickets kann man sich nun auch in die Bamberger Busse setzen. Und wenn auf Ihrem DB-Fernverkehrsticket „Bamberg + City" notiert ist, dann dürfen Sie vom Bahnhof aus direkt in den Stadtbus steigen und bis zu der Bushaltestelle weiterfahren, die ihrem eigentlichen Reiseziel am nächsten liegt.

❹ Rail & Fun
Einmal Freizeit und zurück

Sie wollen mal wieder in die Nürnberger Tafelhalle ins Kabarett oder zum Erlanger Poetenfest oder zu einem Spiel des 1. FC Nürnberg? Dann sehen Sie sich Ihre Eintrittskarte mal genauer an. Bei diesen und zahlreichen anderen Veranstaltern ist ein Logo „VGN Fahren mit der Eintrittskarte" aufgedruckt. Sie können also an diesem Tag von zuhause bis zum Veranstaltungsort alle Busse und Bahnen des VGN-Nahverkehrs (sogar das Anruflinientaxi) hin und zurück nutzen, ohne einen zusätzlichen Fahrschein.

❺ Hottest Deal
Das Top-Angebot für Ausflüge

Das TagesTicket Plus dürfte bei vielen Ausflügen bald zur Allround-Ausstattung gehören. Für das gesamte Verbundgebiet kostet es 14,70 Euro (für kleinere Gebiete gibt es noch Abstufungen). Fahren können damit 2 Erwachsene, 4 Kinder bis 18 Jahre und 1 Hund. Anstelle von 4 Kindern kann man auch 2 Fahrräder mitnehmen, je nach Geschmack. Rein theoretisch ließe sich mit dem TagesTicket Plus im gesamten Verbundgebiet einen ganzen Tag lang wahllos hin und her fahren. Aber es bieten sich auch lohnenswerte Ziele an: das fränkische Seenland, das Freilandmuseum in Bad Windsheim oder das Altmühltal.

Und dazu gibt's auch noch den Wochenend-Bonus: Wer sein Ticket am Samstag kauft, darf es am Sonntag auch noch nutzen. Das ist echt ein Top-Angebot! Zum Vergleich: Das Bayernticket gilt werktags erst ab 9 Uhr, das Tagesticket Plus schon ab Mitternacht. Oder: Eine Familie (Mutter, Vater, 3 Kinder) zahlt mit dem Bayernticket 28 Euro, beim TagesTicket Plus gerade mal die Hälfte.

Und das TagesTicket Plus setzt noch eins drauf: In 50 Einrichtungen im Verbundgebiet erhält man bei Vorlage des Tickets Eintrittsermäßigungen, z.B. Teufelshöhle in der Fränkischen Schweiz, Germanisches Nationalmuseum in Nürnberg, Wildpark Hundshaupten, Freizeitbad Atlantis Herzogenaurach oder Schloss Thurn.

❻ Check the offers!
Tarife genau überprüfen!

Preisbewusste ÖPNV-NutzerInnen sollten auch auf ihre Wegstrecken achten. Wer beispielsweise mit dem Zug nach Bayreuth fährt (über Lichtenfels-Kulmbach), verlässt das VGN-Gebiet unterwegs, weshalb DB-Tarife zu zahlen sind: Von Bamberg nach Bayreuth und wieder zurück 34,20 Euro (oder die Bayernticket-Angebote für 20 bzw. 28 Euro). Wer sich jedoch mal auf den etwas langsameren Bus einlässt oder den Umweg über Nürnberg nimmt und somit im VGN-Gebiet bleibt, kann auf das schon erwähnte TagesTicket Plus setzen und zahlt nur 14,70 Euro.

❼ Clever sidetrip
Der trickreiche Seitensprung

Für viele passionierte ZugfahrerInnen ärgerlich: Im VGN-Gebiet kann man die Bahn-Card nicht mehr nutzen. Das gilt zwar nur für Regionalzüge, aber dennoch: ein klarer Preisnachteil gerade für die, die sich ohnehin schon konsequent umweltbewusst bewegen. Dennoch, manchmal lässt sich der VGN sogar austricksen. Wer beispielsweise von Bamberg nach Nürnberg fahren will, löst normalerweise einen VGN-Einzelfahrschein oder entwertet 10 Streifen der Streifenkarte – beides kostet 9,20 Euro. Wer in die Trickkiste greift, löst mit seiner Bahn-Card 50 eine Fahrkarte von Staffelstein (nicht mehr im VGN-Gebiet) nach Nürnberg, nimmt die Fahrt aber erst ab Bamberg wahr und zahlt 7,75 Euro. Soll allerdings am selben Tag noch die Rückfahrt stattfinden, so ist schon wieder mal das TagesTicket Plus unschlagbar.

❽ Join your lover
Freunde (und mehr) finden mit dem VGN

Zumal – und hier der absolute gaz-Top-Tipp – das TagesTicket Plus einen unübertroffen kommunikationsfördernden Faktor hat: Einzelreisende können sympathische Personen einfach als Co-Reisende auf ihr TagesTicket Plus einladen, womit das „Plus" eine ganz neue Bedeutung bekommt. Get friends and join your lover!

sys

RATHAUSMAgaZIN

Eine Viertelmillion Euro – echt bürgernah angelegt?

Bürgernähe hat sich der Oberbürgermeister auf die Fahnen geschrieben. Und einer seiner Pläne beinhaltet den Ausbau der jetzigen Infothek im Erdgeschoß des Rathauses Maxplatz. Im Jahr 2008 wurde ein Architekturbüro beauftragt, mehrere Planungsvarianten für eine Neuorganisation im Rathaus zu erarbeiten, u. a. auch für ein neues Bürgerbüro.

Favorisiert wird derzeit in der Stadtspitze ein Bürgerbüro in den Räumen der jetzigen Infothek plus den im Gang dahinter befindlichen Räumen. Dorthin sollen einige Abteilungen aus dem ersten Stock umgesiedelt werden. Man verspricht sich davon „eine wesentliche Verbesserung organisatorischer Zusammenhänge, eine Vergrößerung des Leistungsangebotes und letztendlich einen bürgerfreundlicheren Service."

Toll! Darf man fragen, was das kostet? Veranschlagt werden rund 250.000 Euro, die auch schon mal im Haushalt 2009 bereit gestellt, aber bisher nicht verausgabt wurden. Denn mit seinem „bürgerfreundlichen" Vorstoß weckte OB Starke erst mal die Skepsis des Stadtrats. Wie sich in einer Sitzung herausstellte, war die Denkmalpflege bisher nicht einbezogen. Und einen barrierefreien Vorder-Zugang zum Rathaus beinhaltet das kostspielige Unterfangen ebenfalls nicht.

Die gaz schlägt dem OB deshalb die ultimativ bürgernahe planungsbegleitende Aktion vor: Eine Bürgerumfrage in der Infothek, ob die BambergerInnen städtisches Geld in dieser Höhe wirklich dafür ausgeben möchten.

Sex-Club-Genehmigung im Verwaltungsnebel

Die Genehmigung eines neuen Sex-Clubs in Bamberg stand im Mai im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Im Nebulösen aber bleibt nach wie vor das Agieren der Verwaltung rund um diese Genehmigung. Ursprünglich wollte die Verwaltung 2009 den Antrag auf Nutzungsänderung („gewerbliche Zimmervermietung mit Prostitution und mit Clubraum, Kino u. Sauna") dem Bausenat zur Zustimmung vorlegen lassen. Doch dann brachte Baureferent Zistl-Schlingmann das Thema in einer Vorbesprechung der Bausenatssitzung mit den FraktionssprecherInnen vor und meinte, die Genehmigung könne nicht versagt werden, es sei keine große Sache, der Fall sei sonnenklar. Die Geschäftsordnung des Bamberger Stadtrats sieht nämlich vor, dass unbedeutende, unstrittige oder nicht abzuweisende Bauanträge auf dem Verwaltungswege genehmigt werden sollen. Daraufhin einigten sich alle Anwesenden, den Bausenat lediglich in nichtöffentlicher Sitzung zu informieren, was auch geschah – im Mai 2009.

Erst ein Jahr später erfuhren die StadträtInnen aus der Zeitung, dass es sich bei dem Vorhaben um den größten Sex-Club Frankens handelt und dass man über eine Veränderungssperre eventuell auch eine solche Nutzung hätte verhindern können. Überdies lag dem FT genau die Sitzungsvorlage vor, die ein Jahr vorher von der Verwaltung vorbereitet worden war, den Bausenatsmitgliedern selbst aber nie in die Hand gegeben wurde.

Mal abgesehen davon, dass gegen ein gesetzlich zulässiges Etablissement an dieser Stelle ja vielleicht gar nichts einzuwenden wäre, ist der eiernde Umgang der Verwaltung mit dem Stadtrat mehr als fragwürdig. Schließlich deckte auch noch OB Starke dieses Agieren, indem er einzelnen Stadtratsmitgliedern indirekt Inkonsequenz vorwarf. Was oder wer genau der Grund für diesen Bürokratie-Slalom war, bleibt nach wie vor im Nebel.

sys

r+m Delite Hybrid 500

Bei uns können Sie über 20 Testräder der Premium-Marken *Utopia, Velotraum, Cannondale* und *Specialized,* sowie *riese und müller,* ausführlich erfahren. Gerne auch übers Wochenende und natürlich kostenlos.

Sommer-Öffnungszeiten:
NEU: Mo und Do Frühannahme in der Werkstatt ab 7:30 Uhr.
Montag bis Freitag 10 bis 18:30 Uhr
Samstag 10 bis 14 Uhr

Der Radladen Bamberg NRG GmbH
Markusstraße 12
96047 Bamberg

Laden: 0951 - 57853
Werkstatt: 0951 - 4088717

info@radladen-bamberg.de

www.radladen-bamberg.de

Testen ist fast schon Pflicht!

radladen
Alles anders.
Wie gewohnt.

Neues aus der GAL

Zwei neue Gesichter gibt es seit Mai im Vorstand der GAL. Nach zweijähriger Amtszeit standen Petra Friedrich und Cigdem Wnendt nicht mehr zur Wiederwahl an. Die GAL dankt den beiden für ihr Engagement.

Neu gewählt wurde **Dorothea Schoppek**, die bereits seit einigen Jahren den Vorstand als Kreisgeschäftsführerin unterstützt und das neue Büro in der Siechenstraße leitet. Die 23-jährige gebürtige Bambergerin studiert Politikwissenschaft und Philosophie und konzentriert sich vor allem auf Bildungs- und Sozialpolitik.

Tim Steinbart (24) stammt aus Schwerin und kam zum Soziologie-Studium nach Bamberg wo er sich von Anfang an in der Grünen Hochschulgruppe GHG engagierte. Seine Schwerpunkte liegen bei den Themen Ökologie, Energie, Sozialpolitik – und insbesondere bei einem konsequent fortgesetzten Atomausstieg.

Leider um ein Mandat geschrumpft ist die GAL-Stadtratsfraktion, nachdem **Wolfgang Metzner** die Fraktion im Mai verließ. Wie beide Seiten betonten, war eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr möglich, so dass Metzners Ausscheiden für beide Seiten die beste Lösung darstellte. In einer knappen offiziellen Pressmitteilung nahmen die GAL-StadträtInnen deshalb die Entscheidung des ehemaligen Kollegen mit Erleichterung zur Kenntnis und wünschten ihm alles Gute auf seinem weiteren Weg. Metzner ist inzwischen zur SPD-Fraktion übergetreten. Die der GAL zustehenden Sitze in Ausschüssen und Senaten verbleiben unverändert bei der GAL-Fraktion und werden neu besetzt.

Neue Vorstandsmitglieder: Dorothea Schoppek und Tim Steinbart

gazeuse
was Sie im FT nicht lesen können

Vor zwanzig Jahren: Gewalt im Rathaus

Der FT-Lokalteil vom 25. März 2010 ehrte den ehemaligen SPD-Stadtrat und Rechtsanwalt Herbert Güthlein zu seinem 75ten Geburtstag. Darin bedachte Güthlein GAL-Stadträtin Ursula Sowa mit folgender Erinnerung: *Schmunzelnd erinnert er (Güthlein) sich auch an eine „Auseinandersetzung" mit seiner damaligen Stadtratskollegin Ursula Sowa. „Ich werde nie den Ausspruch meines Stadtratskollegen Andreas Starke vergessen, der in den Sitzungssaal rief, als ich im Gerangel meine geklauten Prozessakten zurückholte: ‚Kommt mal raus, der Güthlein geht der Sowa an die Wäsche'."*

Nach fast zwanzig Jahren mögen Erinnerungen etwas verblassen, deshalb sei hier dem Jubilar und interessierten LeserInnen auf die Sprünge geholfen. Ursula Sowa war tatsächlich so dreist gewesen, dem einstigen Kollegen Unterlagen von seinem Tisch im Sitzungssaal zu entwenden. Allerdings waren dies keine Prozessakten, sondern Unterlagen zum Bau des Residenzschloss-Hotels bei der Konzerthalle. Darin war Güthlein damals auf eine Weise involviert war, die nach Ansicht der GAL den Verdacht nahe legte, dass seine privaten geschäftlichen Interessen mit der Ausübung des Stadtratsmandats verquickt waren.

Im Gang vor dem Sitzungssaal holte sich Güthlein dann unter Einsatz körperlicher Gewalt, die Sowa sehr schmerzhaft zu spüren bekam, die für ihn offensichtlich sehr wichtigen Papiere zurück. Es gab einen kurzen Tumult, an die zitierte schlüpfrige Wortwahl des heutigen Oberbürgermeisters Starke kann sich die gaz-Redaktion jedoch im einzelnen nicht erinnern. *sys*

Samthandschuhe oder Abrissbirne – Sie haben die Wahl!

Ein ziemliches Gerangel gab es in den letzten beiden Jahren um die Schleusenwärterhäuschen auf dem ERBA-Gelände. Ohne dass es groß bemerkt wurde, hatten die Planer für die Landesgartenschau die unter Denkmalschutz stehenden Häuser einfach überplant und gedanklich schon entsorgt. Bis 2008 die Heimatpflege dies entdeckte und ein kleiner Aufschrei durch Bambergs Bürgerschaft ging. Per Eilantrag der GAL in den Stadtrat geholt, war dort immerhin eine knappe Mehrheit dafür, nicht beide Häuser abzureißen, sondern wenigstens eines davon zu erhalten. Das zweite hingegen fiel trotz Protest der Abrissbirne zum Opfer.

Inzwischen hat sich auf die Ausschreibung des verbliebenen Schleusenwärterhauses 2009 eine ganze Reihe von Kaufinteressenten gemeldet. Und dabei kamen auch Ansinnen von Investoren zur Sprache, die einen Anbau an das Haus planten. Doch dies wird aus Denkmalschutzgründen nicht zugelassen.

Die gaz will hier nicht einer möglichen Verschandelung eines Denkmals das Wort reden, aber kurios ist das schon: Ein Denkmal darf dem Erdboden gleich gemacht werden, aber ein Anbau wird nicht erlaubt.

sys

Allerwerteste im Rathaus besetzen nur das Beste

Wie teuer dürfen StadträtInnen sitzen? Welchen Qualitätsanspruch darf ein kommunalpolitischer Po an seine Unterlage haben? Welches Design ist den Allerwertesten unserer MandatsträgerInnen zumutbar? Solche Fragen stellen sich angesichts der Neuausstattung des Sitzungssaals im Rathaus. Als nämlich herauskam, dass für die Möblierung 93.000 Euro ausgegeben wurden und jeder der 23 Stühle (oder müsste man formulieren Throne?) sage und schreibe mehr als 1500 Euro kostete.

Doch das ist eigentlich gar nicht der ganze „Stuhl-Skandal". Begonnen hatte alles damit, dass die Verwaltung im Juli 2008 eine Neugestaltung des Sitzungssaals für die Tagung der Senate vorschlug, mit Ausgaben in Höhe von 170.000 Euro. Der GAL waren schon diese Kosten viel zu hoch – alle anderen Fraktionen stimmten jedoch dafür. Der Saal bekam also sein neues schickes Outfit.

Doch im Herbst 2009 kam durch eine Nachfrage des Bamberger Bürgerblocks heraus, dass sich die Ausgaben verteuert hatten: auf 286.000 Euro, wie man jetzt weiß. Beantwortet wurde diese Anfrage allerdings in der nichtöffentlichen Sitzung des Personalsenats – ein Schuft, wer Böses dabei denkt.

Laut OB wurden die zusätzlichen Mittel vom allgemeinen Etat des Beschaffungswesens abgezweigt, weshalb der Stadtrat damit nicht mehr hätte extra belästigt werden müssen. Wie rücksichtsvoll! Aber irgendwo anders muss das Geld ja nun fehlen. Werden kaputte Bürostühle von städtischen MitarbeiterInnen nun nicht mehr ersetzt, müssen sie ihre Radiergummis und Kugelschreiber von zuhause mitbringen, gibt es bald PC-Sharing im Rathaus?

Der Skandal schimmert inzwischen in mehreren Varianten. Zum einen, weil mit dieser Kostenmehrung von immerhin fast 70 % der Stadtrat nie befasst wurde. Zum zweiten wurde dem Stadtrat die 170.000-Euro-Maßnahme im Juli 2008 als Generalsanierung inklusive Möbel vorgestellt, während aber jetzt die 93.000 Euro Mehrkosten mit Ausgaben für Möbel begründet werden. Zum dritten sind Kosten in dieser Höhe nur für Möblierung eine unglaublich hohe Summe, die in Zeiten knapper Kassen nicht vertretbar ist.

Inzwischen hat auf Antrag der GAL und der CSU auch das Rechnungsprüfungsamt die Kosten geprüft. Und dort hat man zu den bekannten Unglaublichkeiten auch noch aufgedeckt, dass bei der Auswahl der Stühle aus verschiedenen Angeboten die Beteiligten (Oberbürgermeister, Bürgermeisteramtschef usw.) nur nach Gefallen und Sitzkomfort gingen, obwohl auch der Preis eine Rolle hätte spielen müssen. Das sehen jedenfalls die Vergabevorschriften vor.

Eines ist immerhin jetzt klar: An Bambergs Spitze sitzt ein Allerwertester mit höchsten Ansprüchen.

sys

nei gegazd

Ungestört starkes Durchregieren

Bamberg hat mit Ralf Haupt seit 1. April (kein Scherz!) zwar einen neuen Umwelt- und Sozialreferenten. Der eigentliche Gewinner dieser Wahl heißt aber: Andreas Starke.
Das liegt nicht nur an den zweifelhaften Qualifikationen von Haupt, der seine „besondere Affinität zum Umweltschutz" mit einem Hinweis auf seine Jagd- und Anglerleidenschaft begründet. Politisch bedeutsamer aber ist es, dass mit der Wahl des – sagen wir es vorsichtig – blassen Verwaltungsbeamten wieder einmal eine Chance verpasst wurde. Der Umwelt- und Sozialbereich, dessen Bedeutung in der Ära des Vorgängers Grimm stetig gesunken ist, wäre eine Neubesetzung mit fachlicher Kompetenz und klarem inhaltlich-politischen Profil dringend nötig gewesen. Für solche Persönlichkeiten hält die Bayerische Gemeindeordnung mit dem Institut des „Berufsmäßigen Stadtrats" das passende Instrument parat: vom Stadtrat gewählt und somit demokratisch legitimiert, mit eigenem Rede- und Antragsrecht ausgestattet und somit politisch handlungsfähig. Gerade im Bamberger Stadtrat wäre eine fachliche und politische Intervention von der Referentenbank, die auch Alternativen aufzeigt, Gold wert gewesen ...
Dass eine derartige Politisierung des Verwaltungshandelns dem Oberbürgermeister nicht in sein allein auf ihn selbst zugeschnittenes Führungskonzept passen würde, hatte Andreas Starke schon im Vorfeld klargemacht: Er plädierte für „verwaltungsinterne" Lösungen bei der Referentenfrage und – um Kosten zu sparen – für den Verzicht auf die politischen Wahlbeamten auf den Referentenposten. Letzteres ist ihm zwar nicht gelungen. Aber immerhin: Mit Haupt hat er den gewünschten, in 35 Jahren Stadtverwaltung nie besonders aufgefallenen Laufbahnbeamten, der ihm gewiss nicht in die politische Suppe spucken wird. *G.R.*

Termine

4. und 5. Juni 2010:
Aktionen gegen den NPD-Parteitag in Bamberg

Freitag, 16.30 Uhr:
Menschenkette um die Kongresshalle

Samstag:
Fest der Demokratie an Markusplatz und Weide, 14 Uhr: Multireligiöse Feier

Montag, 7. Juni 2010, 17 bis 18 Uhr:
Polit-Rondo mit der GAL-Stadtratsfraktion (Bürgergespräch)
Rondo-Café am Schönleinsplatz

Samstag, 12. Juni 2010, ab 11 Uhr:
„Café Grün", Frühstücksstammtisch mit den Grünen
Café DaCaBo am Heumarkt

Donnerstag, 17. Juni 2010, 19.30 Uhr:
GAL-Plenum

Montag, 5. Juli 2010, 17 bis 18 Uhr:
Polit-Rondo mit der GAL-Stadtratsfraktion (Bürgergespräch)
Rondo-Café am Schönleinsplatz

Weitere Infos:
www.gal.bamberg.de

Gut zum Fuß – gut zur Umwelt – GUTE WAHL!
SCHUH-LECHNER
... natürlich bequem!
Bei uns erhalten Sie
Bundgaard + Va Bene + Haferl +
Think + Ganter + Loont's + Wesenjak +
Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.
BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo – Fr 9.30 – 18.30 h Sa 9.30 – 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

MUSSÄROL
Bamberger Kräutergärtnerei
Gewürz- und Teekräuter
Duft- und Aromapflanzen
gentechnikfreies Ökosaatgut
Biopflanzenerde ohne Torf
Direktverkauf ab Gärtnerei: April - Oktober
Mi: 14.00 Uhr - 18.00 Uhr
Fr: 10.00 Uhr - 18.00 Uhr
Sa: 9.00 Uhr - 14.00 Uhr
Kräuter- und Gärtnerstadtführungen zu Fuß oder per Rad!
Nürnberger Str. 86, 96050 Bamberg
Fon: 0951-22023, www.biokraeuter.info
Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau Naturland

impressum

Die gaz wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:
Adelheid Rehmann (read), Sylvia Schaible (sys), Ursula Sowa (us), Dorothea Schoppek (dsch), Svenja Fluhrer

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Peter Gack (pega), Kiki Laaser, Gerd Rudel (G.R.)

Photos: Prof. Dr. Ralf Liedtke, Sylvia Schaible, Erich Weiß

Gestaltung und Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg
Druck: Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt
Auflage: 20.000
Nr. 74 / Juni 2010